



1479/AB

vom 23.07.2014 zu 1589/J (XXV.GP)

BMJ-Pr7000/0109-Pr 1/2014

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 1589/J-NR/2014

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rudolf Plessl, Genossinnen und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Chancen für Junge im öffentlichen Dienst“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Ich schicke voraus, dass eine vorausschauende Personalplanung unter Berücksichtigung der sich längerfristig insbesondere auch durch Pensionierungen abzeichnenden Personalbewegungen dem Bundesministerium für Justiz ein wichtiges Anliegen ist. Daher erfolgen bereits seit längerem entsprechende Analysen anhand der Jahrganglisten und sonstiger Erfahrungswerte. Dabei hat sich eine Unterscheidung in den Bereich der Richter und Staatsanwälte und in den Bereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes (wobei Beamte und Vertragsbedienstete zur Vermeidung eines unvermeidbaren Verwaltungsaufwandes zusammengefasst behandelt werden) bewährt.

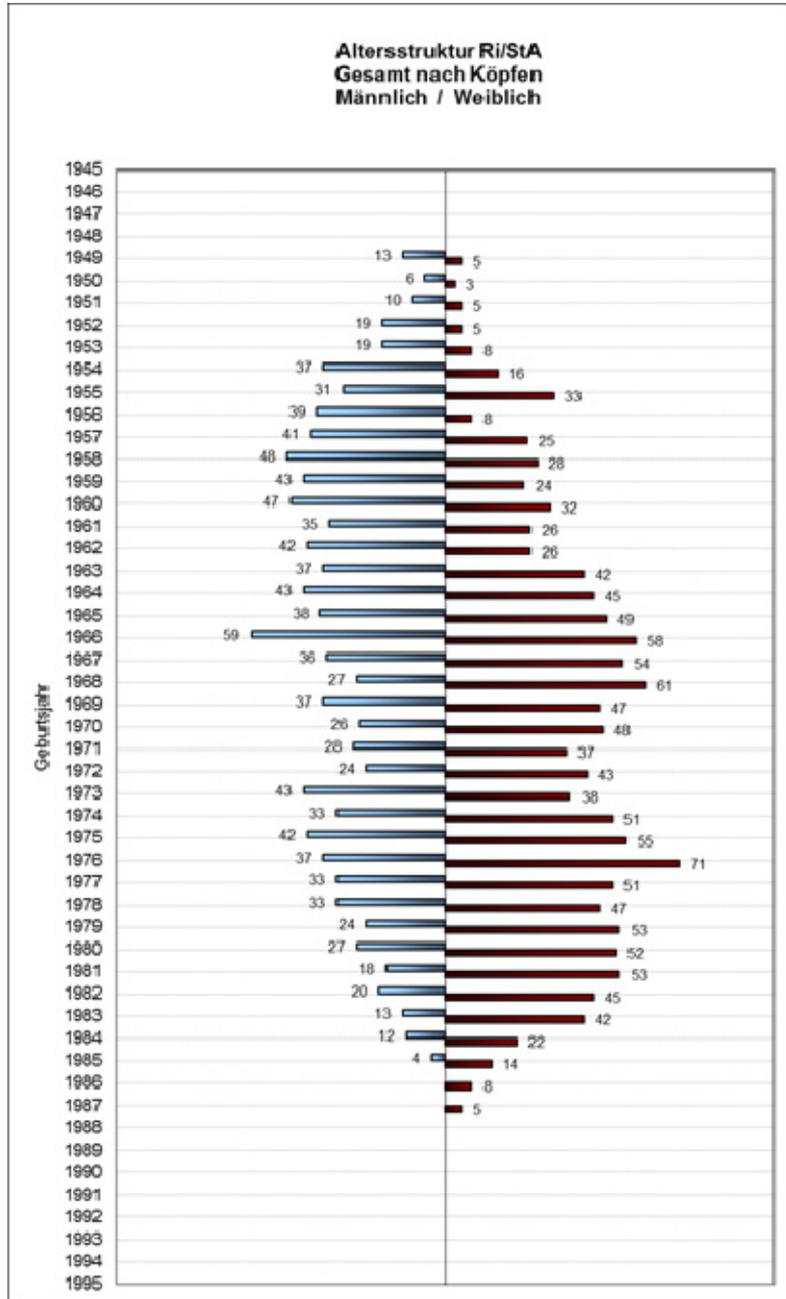
Zu 1:

Im Bundesministerium für Justiz waren im Zeitraum 2010-2014 (Stichtag jeweils 1. Jänner) folgende Planstellen systemisiert:

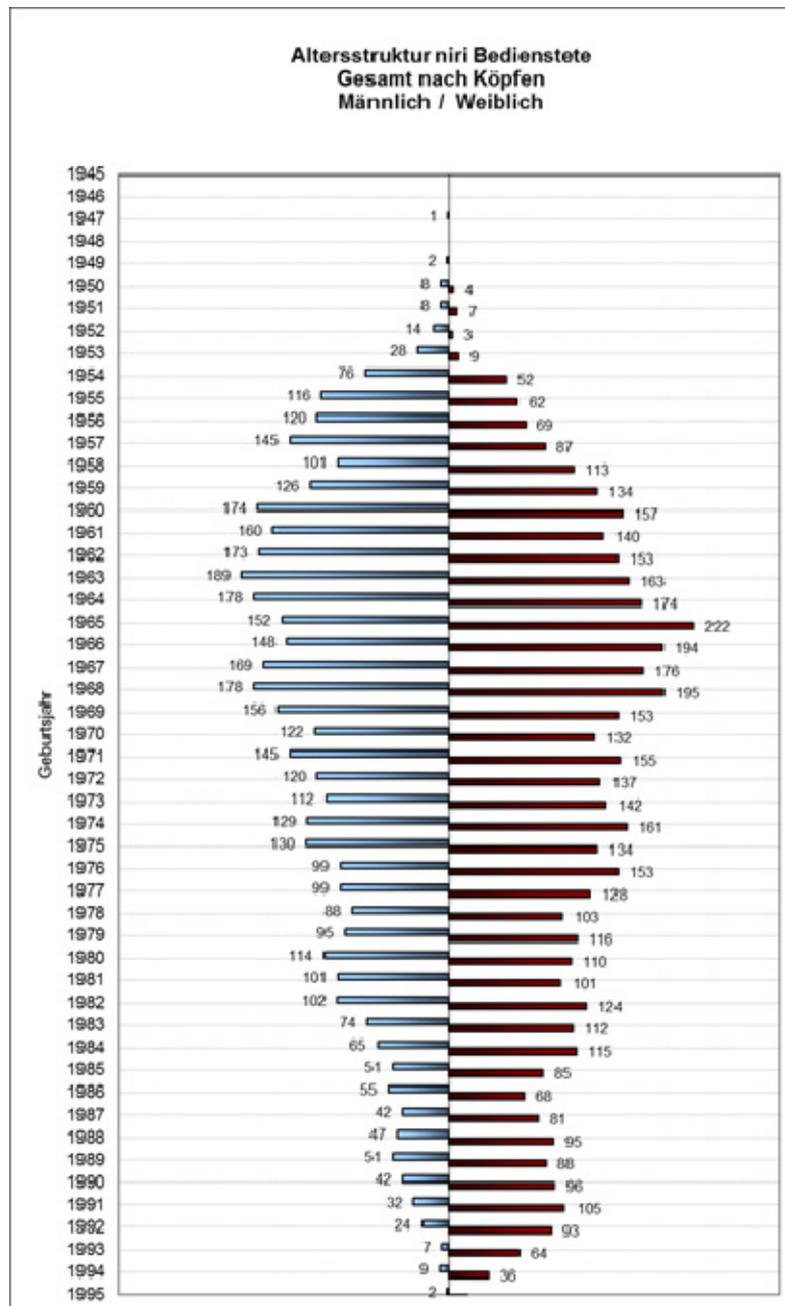
1.1.2010	1.1.2011	1.1.2012	1.1.2013	1.1.2014 (Budgetprovisorium)
10.966	11.167	11.151	11.192	11.192

Zu 2:

Die Altersstruktur der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Justizressort gliedert sich wie folgt:



Die Altersstruktur der übrigen Beamtinnen, Beamten und Vertragsbediensteten im Justizressort stellt sich wie folgt dar:



Zu 3:

Die Anzahl der Ausbildungsplätze für Lehrlinge (im Lehrberuf „Verwaltungsassistent“ bzw. neuerdings auch „Informationstechnik“) ist nach den budgetären Vorgaben durch die jeweilige finanzielle Bedeckbarkeit begrenzt. Die Zahl der Lehrlinge (jeweils zum Stichtag 1.1.) hat sich in der Justiz wie folgt entwickelt:

2010	2011	2012	2013	2014
277,80	288,70	321	334	357

Zu 4:

Zur Verbreiterung der Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen bildet das Bundesministerium für Justiz überdies 132,50 Verwaltungspraktikantinnen bzw. -praktikanten und 649 Rechtspraktikantinnen bzw. -praktikanten aus (Stand jeweils 1. Mai 2014).

Zu 5:

Die folgende Tabelle zeigt die Pensionierungen im Bereich der öffentlich rechtlichen Bediensteten (bei Vertragsbediensteten erfolgt im technischen Sinne keine Pensionierung) der Jahre 2010-2013:

2010	2011	2012	2013
238	195	208	238

Eine weitere Aufschlüsselung ist automationsunterstützt nicht möglich.

Wien, 21. Juli 2014

Dr. Wolfgang Brandstetter

	Datum/Zeit-UTC	2014-07-23T08:55:35+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: http://kundmachungen.justiz.gv.at/justizsignatur .